

## Abschied vom Frieden

von Reiner Bernstein<sup>1</sup>

Während in diesen Wochen der Staat Israel die sechzigste Wiederkehr seiner Geburtsstunde feiert, hat sich die Gründung eines palästinensischen Staates an seiner Seite erledigt. Lange haben öffentliche Erklärungen die Überzeugung von der Zweistaatenregelung wie eine Monstranz vor sich hergetragen, bevor sie eilends begraben werden muss. Niemand sollte sich wundern, wenn mit der Beerdigung auch die Integrität des Staates Israel auf der Kippe steht. Von der sich ankündigenden Revolte unter den arabischen Staatsbürgern abgesehen, bedarf es dabei nur bedingt der Palästinenser unter Besatzung: „Unser Staat zerbröselte“, wird in Israel befürchtet, womit verspätet die innere Aushöhlung der spätestens seit der Unabhängigkeitserklärung normativ vorgegebenen politischen Ethik und ihrer substantiellen Umsetzung im institutionellen Rahmen des Gemeinwesens gemeint ist, vor deren Versagen Achad Ha'am („Einer aus dem Volk“, Pseudonym von Ascher Ginsburg), Hans Kohn, Hugo Bergmann, Martin Buber, Robert Weltsch, Judah L. Magnes, Ernst Akiva Simon und Gershom Scholem lange vor 1948 warnten. Ihre Prophezeiung ist 1970 vom damaligen Außenminister Abba Eban auf die Gestaltung der deutsch-israelischen Beziehungen mit den Worten übertragen worden, nämlich „dass eine freimütige und konstruktive Entwicklung ... eine der vordringlichen moralischen Forderungen unseres Zeitalters sind“. Eban äußerte diesen Wunsch nach dem Besuch im Konzentrationslager Dachau und dürfte mit Sicherheit einen nach beiden Seiten offenen Meinungs austausch gemeint haben.

Jenseits aller rhetorischen Formeln der vergangenen Jahre haben es die israelischen Regierungen geschafft, durch ihre Interventionen in der Westbank und im einstigen Ostteil Jerusalems gegen die

---

<sup>1</sup> Abgeschlossen Mitte März 2008.

Gründung eines souveränen und lebensfähigen Staates Palästina unüberwindliche Hindernisse aufzutürmen. Heute sind sie nicht mehr aus dem Weg zu räumen. Die innerpalästinensischen Auseinandersetzungen seit dem Sommer 2007 haben ein Übriges getan, die nationale Identität so schwer zu beschädigen, dass auf der Weltbühne immer häufiger die Frage nach der politischen Reife des palästinensischen Volkes diskutiert wird. Raketen aus dem Gazastreifen und Mordanschläge liefern Vollmachten für die Verhängung von schweren kollektiven Strafen und von zusätzlichen Restriktionen. Statt den unbewaffneten Kampf der palästinensischen Bevölkerung gegen die Einkreisung zu unterstützen, wie ihn die Kolumnistin Amira Hass kürzlich empfohlen hat, verschanzt sich die politische Nomenklatura hinter den Mauern ihres Hauptquartiers in Ramallah und beschränkt die Verkündung ihres Protests auf internationale Konferenzen, um damit die letzten Reste des Vertrauens zu verspielen. Beides, Israels repressive Präsenz und die Passivität der Autonomiebehörde, ist der Treibriemen für die politische und religiöse Radikalisierung.

Die westlichen Regierungen und allen voran die Mitglieder des Nahost-Quartetts haben diesen Entwicklungen tatenlos zugeschaut oder sind ihnen hilflos hinterhergelaufen. Ihre ständigen Mahnungen, den Friedensprozess nicht zu torpedieren, sind auf spöttisches Gelächter gestoßen. Der Ausbau der Siedlungen um Jerusalem herum schreitet voran – die Stadtgrenzen sind nach 1967 von ehemals 44 auf 108 Quadratkilometer erweitert worden. Mahmud Abbas beklagt eine „Kampagne der ethnischen Säuberung“ durch den Ausbau des Siedlungsringes um die Stadt. Der Verlauf der Trennungsmauern soll noch in diesem Jahr möglichst abgeschlossen werden. Die Zahl der Straßensperren und Checkpoints ist gestiegen, die Demütigungen palästinensischer Männer, Frauen und Kinder nimmt kein Ende. Während sich die internationale Aufmerksamkeit in den vergangenen Wochen auf den Gazastreifen und auf die Folgen seiner Abriegelung richtete, sind

---

Planungen für den Bau von 2500 neuen Wohneinheiten in den Vorstädten Jerusalems bekanntgegeben worden.

Wer in den letzten Wochen durch die Westbank gefahren ist, um sich einen persönlichen Eindruck zu verschaffen, wird um die Erkenntnis nicht herumkommen, dass es der Politik der vollendeten Tatsachen gelungen ist, den Palästinensern ein Leben in persönlicher und kollektiver Würde auf Dauer zu verweigern. Es grenzt an ein Wunder, dass die Zahl der Selbstmordanschläge bisher überschaubar geblieben ist – kein Verdienst der Mauern, die sechzehn Prozent tief in die Westbank einschneiden, sondern ist einer weitverbreiteten und routinierten Gleichgültigkeit, der Besonnenheit von Angehörigen der intellektuellen Eliten und der Arbeit internationaler Hilfsorganisationen zu verdanken.

Diese Entwicklung wird die Staatspräsidenten und Regierungschefs aus aller Welt bei den Feierlichkeiten Israels in den kommenden Wochen nicht davon abhalten, die Aufbau- und Integrationsleistungen des jüdischen Staates und seiner Bevölkerung in den höchsten Tönen zu loben. Sie tun dies zu recht, und gleichzeitig werden sie es sich verkneifen, für die politischen Verlierer dieser Epoche über ein Wort der Sympathie und des Mitgefühls hinaus die Regierenden in Jerusalem daran zu erinnern, dass sie ihre Selbststilisierung als einziger Demokratie in der Region durch die permanente Verletzung internationaler Rechtsnormen ad absurdum geführt haben und Überprüfungen seitens des Obersten Gerichts mit dem Argument verhindern, es habe kein Mandat in Angelegenheiten der nationalen Sicherheit, und durch die Ernennung von Richtern ihr Amt der politischen Kontrolle unterwirft.

In geübter Weise dürften Europas Regierungen in der Behauptung Trost suchen, dass Ehud Olmert einer politisch schwachen Regierung vorsteht – so als ob er einen anderen Kurs einschlagen würde, wenn er sich nicht in der Gefangenschaft der öffentlichen Meinung und einem Kabinett befände, das beim zentralen Problem

des Verhältnisses zu den palästinensischen Nachbarn mit einer Stimme spricht.

Olmert ist alles andere als die Inkarnation einer Friedenstaube, seine Rivalin Tsipi Livni räumt ein, dass sich der Siedlungsausbau der staatlichen Kontrolle entzogen habe; schon Mitte der 1970er Jahre hatte ihr Amtsvorgänger Abba Eban vor einer „passiven Kapitulation des Gesetzes in einer Angelegenheit“ gewarnt „die Israels gesellschaftliche Identität berührt, seine internationalen Beziehungen und die Verfügung über seine Sicherheitskräfte, doch zugleich die Bindungen an „Judäa und Samaria“ mit der Einschränkung betont:

„Die Vision einer jüdischen Siedlung in einem ungeteilten Land Israel ist von hohem Adel. Sie spricht zu uns aus den Tiefen des Gedächtnisses und des Bewusstseins unserer Nation. Aber das Streben nach Frieden mit einer freiwilligen Einschränkung in der Nutzung historischer Rechte ist ebenfalls ein überragendes jüdisches Ideal. Unsere nationale Geschichte in diesem Land schreibt unterschiedliche und verschiedene Landkarten, aber ist in der prophetischen Idee des Friedens konstant. Die Gewohnheit, jeden Vers unserer Literatur heranzuziehen, aber jene außer acht zu lassen, die vom Frieden, von Demut und von der Brüderlichkeit aller Menschen sprechen, ist ein blasphemischer Missbrauch der historischen und literarischen Integrität unserer Tradition<sup>1</sup>.“

Wer Olmerts Reden und Äußerungen aus den vergangenen Jahren nachliest, stellt eine bemerkenswerte rhetorische Hochstapelei fest, die in diametralem Gegensatz zu seinen politischen Überzeugungen von den unverbrüchlichen Ansprüchen des jüdischen Volkes auf das Land Israel steht. Unter diesen Vorzeichen sind gegebenenfalls taktische Zugeständnisse möglich – die Wortwahl der „schmerzlichen Kompromissen“ steht dafür –, ohne von den historisch und religiös begründeten Positionen abzurücken. Olmerts Befürchtung, dass schon die hohen palästinensischen Geburtenraten Israel zum Rückbau seiner Präsenz in der Westbank zwingen werde, wenn es überleben wolle, gründet auf der generellen

Vorstellung, dass ein friedliches Zusammenleben von Juden und Arabern im Lande eine gefährliche Illusion sei, dass also die Karte der militärischen Überlegenheit stechen muss. Hier trifft er sich mit seinem Hintersassen Ehud Barak, ganz zu schweigen von seinen religiösen Koalitionären.

Daraus ergibt sich zwingend die Frage nach der politischen Zukunft beider Völker. Das Projekt eines sogenannten binationalen Staates, wie es in der politischen Linken und wohlmeinenden, doch der politischen Verantwortung enthobenen bürgerlichen Kreisen Europas diskutiert wird und unter den Palästinensern aus Verzweiflung über die verweigerte nationale Eigenständigkeit Zulauf gewinnt, geht von der Erwartung aus, dass sich der in israelischen und palästinensischen Köpfen verankerte Antagonismus in ein friedliches Wohlgefallen auflöse, wenn denn beide Völker erst einmal – durch die „Umstände“ des nationalstaatlichen Scheiterns gezwungen – zusammenleben würden. Die Protagonisten dieser Spielart des Kommunitarismus wollen nicht zur Kenntnis nehmen, dass die überwältigende Mehrheit der palästinensischen Flüchtlinge realistisch genug ist, auf die Realisierung eines Rückkehrrechts zu verzichten, und sie sind die Aussage schuldig geblieben, wie sie sich die politische Organisation des gemeinsamen Staates vorstellen – sehen wir von dem absurden Vorschlag gemeinsamer Friedhöfe ab, der sich in einem Gesellschaftsvertragsmodell findet.

Verfassungsrechtliche Regelungen nach demokratischen Vorgaben werden auf heftige jüdische Widerstände stoßen, weil schon für das Jahr 2010 vorhergesagt worden ist, dass die palästinensische Bevölkerung zwischen Mittelmeer und Jordansenke die Mehrheit bilden wird. Es scheint, dass eine wachsende Zahl apathisch auf den Zeitfaktor setzt.

Sind also südafrikanische Verhältnisse zu erwarten? Hier soll nicht der agitatorische Topos von der Apartheid wiederholt werden, die Grenzen solcher Parallelisierung sind im Widerspruch zur agitatorischen Inflation seiner Verwendung eng gezogen. Wichtig ist

indessen der Hinweis, dass das Südafrika von heute ein typisches Beispiel für fundamentale Ungleichgewichte darstellt: Die Schwarzen verfügen über die politische und die Weißen über die wirtschaftliche Macht. Schon damit hat sich die Übertragbarkeit dieses „Modells“ auf den nahöstlichen Raum erledigt. Denn im kommenden gemeinsamen Staat Israel-Palästina würden beide Komponenten zusammenfallen. Mit anderen Worten: Die Propagierung des gemeinsamen jüdisch-arabischen Staates ist die Billigung oder gar die Aufforderung zur unendlichen Konfliktverlängerung.

Um dieses Szenario abzuwenden, ist vor kurzem der Ausweg einer einseitigen Proklamation des Staates Palästina vorgeschlagen worden. So wie sich im Februar 2008 Kosovo unabhängig erklärt habe, sollten die Palästinenser im Fall des Scheitern der gegenwärtigen Verhandlungen verfahren und darauf vertrauen, dass die Mehrheit der EU-Staaten – ganz abgesehen von den Mitgliedern der Arabischen Liga – binnen kurzem das junge nationale Gemeinwesen anerkennt. Geschehe dies, wäre die Präsenz Israels in den Territorien Palästina die eines Feindstaates und unterläge den internationalen Rechtsnormen und Sanktionen. Doch bei Lichte betrachtet, ist dieser Vorschlag von Yasser Abed Rabbo, dem einstigen Leiter des palästinensischen Teams der Genfer Initiative und heutigen engen Berater Machmud Abbas', eine politische Totgeburt.

Ganz abgesehen davon, dass Abbas den Entwurf seines Beraters umgehend zurückgewiesen hat, ist mehr als ungewiss, ob Abed Rabbos Vorstoß von den Europäern positiv aufgenommen wird. Denn Kosovo ist nicht der Nahe Osten, und die Europäische Union ist schon vor viel gefahrloseren Entscheidungen zurückgeschreckt. So unterscheidet die Bundesregierung nach wie vor zwischen „illegalen Außenlagern“ und den Siedlungen, und der deutsche Außenminister reagiert auf den Mordanschlag auf die Jerusalemer Religionsschule am 6. März mit „Entsetzen“ und verurteilt „diesen verbrecherischen Akt auf das Schärfste“, während er sich in denselben Tagen im Hinblick auf den Siedlungsausbau in den

Vororten Jerusalems mit den milden Tadel der „Sorge“ begnügte und die Befürchtung äußerte, dass er „dem labilen Prozess des Dialogs schaden könnte“. Mord und Totschlag sowie Entrechtung, dies die Berliner Logik, stehen in keinem inneren Zusammenhang.

Bleibt wieder einmal nur Washington. Nachdem israelische und palästinensische Politiker die Hoffnungen abgeschrieben haben, dass es im letzten Amtsjahr von George W. Bush zu mehr als einer Verständigung über Prinzipien kommen werde, richten sich die Augen auf die neue Führung. Es ist vor allem dem früheren Botschafter in Kairo und Tel Aviv, Daniel C. Kurtzer, zu verdanken, dass er die Schwachstellen der amerikanischen Außenpolitik gegenüber dem israelisch-palästinensischen Konflikt herausgearbeitet und Vorschläge zu ihrer Behebung entwickelt hat. Indem Kurtzer, dem die Unterstützung der Kandidatur Barack Obamas nachgesagt wird, davon absieht, den Regierungen Regelungsvorschläge oktroyieren zu wollen, sind seine an diplomatischen Erfahrungen geschulten Hinweise auf die Methodik einer Konfliktregelung desto überzeugender. Die zehn Lektionen lassen sich wie folgt zusammenfassen und beanspruchen über die Amtszeit Bushs hinaus Geltung<sup>2</sup>:

1. Der Frieden zwischen Arabern und Israelis liegt im nationalen Interesse der USA.
2. Die amerikanische Politik muss die Politik des Präsidenten sein.
3. Die Vereinigten Staaten dürfen sich nicht auf die Einleitung von Verhandlungen beschränken, sondern müssen sie ermutigen, sortieren und Chancen für die Suche nach dem Frieden schaffen.
4. Im Mittelpunkt des Friedensprozesses stehen nicht mehr Einzelprobleme, sondern Abschlussregelungen.

5. Verpflichtungen und Übereinkünfte, die die Parteien eingegangen sind, müssen respektiert und durchgesetzt werden. Washington muss dafür sorgen, dass sie durch eine Kontrolle, durch die Entwicklung von Standards der Berechenbarkeit, durch ehrliche Berichte über Verletzungen und durch die Forderung nach Konsequenzen durchgesetzt werden, wenn Verpflichtungen gebrochen oder Übereinkünfte nicht eingehalten werden.
6. Die direkte Einschaltung des Präsidenten ist entscheidend, auch wenn sein Wert begrenzt ist und zweckdienlich und sorgfältig verwendet werden sollte.
7. Washington muss ein vielgestaltiges und erfahrenes Verhandlungsteam einsetzen, das von regionalen und funktionalen Erfahrungen durchdrungen ist, das den offenen Erfahrungsaustausch sowie die Zusammenarbeit mit der Regierung sucht.
8. Washington muss frühzeitig eine breit angelegte und unabhängige Unterstützung durch den Kongress und einschlägige Einrichtungen suchen, bevor sich die Amtszeit des Präsidenten ihrem Ende nähert.
9. Ein erfolgreicher Gesandter braucht die starke und unmissverständliche Unterstützung des Weißen Hauses, das Vertrauen bei allen Parteien und ein breites Mandat. Gesandte sind kein Ersatz für Diplomatie. Besser eine Politik ohne Gesandten als ein Gesandter ohne Diplomatie.
10. Washington muss das Arsenal seiner diplomatischen Möglichkeiten besonnen einsetzen und den Entwicklungen vor Ort breite Aufmerksamkeit widmen. Wirtschaftliche Unterstützung und Gipfeltreffen sind ohne strategische Bedenken im Hinterkopf einzusetzen und nicht nur, um Zeit zu gewinnen.

Will man diese Vorschläge zusammenfassen, so laufen sie auf zwei Formeln hinaus, die das State Department zum disziplinierten Handeln auffordern, was sie nach der Konferenz in Annapolis sträflich vernachlässigt habe, wie ihr Kritiker vorwerfen:

Zum einen soll Washington aus eigenem nationalem Interesse dazu bewegt werden, die friedenspolitischen Bekundungen der Regierenden in Jerusalem und Ramallah beim Wort zu nehmen und ihre Umsetzung nachdrücklich einzufordern. Den Autoren wissen aus Erfahrung, dass jeder Ansatz einer oktroyierten politischen Lösung an den Winkelzügen scheitert, zu der die Parteien vor Ort, zumal unter dem Einfluss von Pressure Groups, gegen ihren Willen gezwungen würden. Zum Gelingen gehört allerdings zweitens die Etablierung und Verstetigung von fachlich ausgewiesenen Teams, die nicht nur der US-Administration zuarbeiten, sondern deren Empfehlungen Gewicht haben. Die Zahl dieser Berater ist beachtlich und sind in Einrichtungen im „Israel Policy Forum“, dem „Carnegie Endowment“, dem „New Israel Fund“, der „The Century Foundation“, der „New America Foundation“, dem „Arab Thought Forum“ und der „American Task Force on Palestine“ zu finden – ganz abgesehen von der alten Diplomaten-Elite um Thomas R. Pickering, Zbigniew Brzezinski, Brent Scowcroft, Samuel W. Lewis, Robert H. Pelletreau und Theodore C. Sorensen sowie dezidiert jüdisch argumentierenden Gruppierungen wie „Brit Zedek weShalom“ („Bund für Gerechtigkeit und Frieden“).

Von all diesen Überlegungen des Neubeginns ist Europa weit entfernt. Der Ende 2007 von dem früheren jordanischen Kronprinzen El-Hassan Bin-Talal angemahnte Übergang vom „payer“ zum „player“, der auch in den Reihen der EU-Kommission seinen Widerhall findet, liegt in weiter Ferne. Von der seit langem angekündigten gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik ist weit und breit nichts zu sehen. Daran wird sich auch in Zukunft wenig ändern, da die 27 Mitgliedsstaaten alles andere als einem symphonischen Orchester gleichen. Hinzu kommen nationale

Befindlichkeiten, die – wie die politische Unberechenbarkeit Nicolas Sarkozys zeigt – abgestimmte Konzepte erschweren, wenn nicht gar verhindern. Dem Scheitern des Barcelona-Prozesses werden die Fehlschläge der Mittelmeer-Union folgen: an der von Paris reklamierten Führungsrolle in Europa sowie an den innerarabischen Widersprüchen und dem ungelösten Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Die für den Zeitraum bis 2013 vorgesehenen 16 Milliarden Euro werden die politischen Absichten der Mittelmeer-Union nicht fördern, sondern zusätzlich belasten, weil sie Begehrlichkeiten wecken und Mitnahmeeffekte auslösen, die in den ausschlaggebenden Bereichen von Demokratie- und Rechtsstaatsförderung allenfalls mit geringen Gegenleistungen honoriert werden dürften. Dass bei der Dezenniumsfeier des Barcelona-Prozesses 2006 kein einziger arabischer Regierungschef anreiste, hätte mehr als eine Warnung vor neuerlichen Erwartungen der europäischen Diplomatie sein müssen.

Es ist überfällig, dass Europa Partei ergreift – für den Frieden zwischen beiden Völkern. Dass die von der Bundesregierung reklamierten ausgezeichneten Beziehungen zu Israel allein durch die deutsche Mithilfe beim Aufbau der Polizei und des Rechtswesens in den palästinensischen Gebieten kompensiert werden sollen, weil sich Berlin politisch nicht überfordern wolle, ist jedoch ein peinliches Omen, das durch Merkels Rede vor der Knesset am 18. März bestätigt worden ist. Ein Beitrag zur Deeskalation war sie nicht. Nach allen bisherigen Erfahrungen sollte klar sein, dass die institutionelle Vorbereitung auf den Staat Palästina nur dann gerechtfertigt ist, wenn vorab geklärt ist, wo dieser Staat gegründet werden soll. Der ständige Rückgriff auf die UN-Resolution 242 hilft aufgrund der Ambivalenz ihrer Formulierungen nicht weiter. Die bissige Bemerkung von Yitzhak Rabin, dass die Deutschen im Nahen Osten tun können, was sie wollen, es sei egal – „Ihr spielt keine Rolle“ – sollte einem Test unterzogen werden, zumal da die Regierung in Berlin israelische Interessen in der Europäischen Union und bei den Vereinten Nationen unterstützt. Die Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen war als Konsequenz des

Menschheitsverbrechens am jüdischen Volk und nicht als *carte blanche* für jedwedem Regierungshandeln gemeint.

Schon binnen kurzem könnte Europa in die Verlegenheit geraten, zu einem politischen Beitrag zur Regelung des Nahostkonflikts aufgerufen zu sein. Denn würde Obama zum nächsten Präsidenten gewählt, werden die Karten der US-Außenpolitik mit höchster Wahrscheinlichkeit neu gemischt werden, denn besonders mit Obama würde ein Politiker ins Weiße Haus einziehen, dessen Wählerklientel für die Lösung der schweren innenpolitischen Verwerfungen und Krisen – Wirtschafts-, Finanz-, Währungs-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik – einen vorrangigen Stellenwert verlangt. Bereits heute kündigt sich ein Paradigmenwechsel an, von dem auch die Zukunft der Beziehungen zu Israel tangiert wird.

Wer ist in der Lage, dem endgültigen Niedergang der Zweistaatenregelung und der blutigen Fortsetzung des israelisch-palästinensischen Konflikts Einhalt zu gebieten? Die Kontrahenten selbst sind dazu weder fähig noch willens. Das gewalttätige Karussell der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Asymmetrie dreht sich weiter. Nur in einem Punkt sind sich beide Seiten einig – in der ideologischen Unversöhnlichkeit, die immer stärker vom religiösen Dogmatismus getränkt wird. Darüber zerbrechen internationale Konferenzergebnisse, interne Protokolle wie die Vereinbarung zwischen Fatah und Hamas in Mekka im Februar 2007 und bilaterale Waffenruhen.

---

<sup>1</sup> „Jerusalem Post“ 23.04.1976.

<sup>2</sup> Zusammenfassung der Thesen aus dem Buch von Daniel C. Kurtzer und Scott B. Lasansky: *Negotiating Arab-Israeli Peace*. American Leadership in the Middle East. The United States Institute of Peace 2008. Dazu die Besprechung in der Menüleiste „Rezensionen“ dieser Homepage.